

Kirchlicher Widerstand auf den Philippinen

Bisher war noch nie eine eindeutige Stellungnahme der Hierarchie der Philippinen zu dem seit September 1972 über das Land verhängten Kriegsrecht zustande gekommen. Der erste unmittelbar nach diesem einschneidenden Schritt veröffentlichte Hirtenbrief war sehr zurückhaltend und allgemein gehalten. Verständnis für die Maßnahme und Sorge über eventuellen Mißbrauch hielten sich die Waage (vgl. HK, Dezember 1972, 583). Verschiedene einzelne Bischöfe und Ordensleute distanzieren sich in der Folgezeit von diesem zögernden Verhalten und prangerten die mit dem Kriegsrecht verbundenen Einschränkungen als ungerechtfertigt und zerstörerisch an. Sie machten der Bischofskonferenz wiederholt den Vorwurf, sich vor einer klaren Äußerung zu drücken und einseitig Präsident Marcos zu stützen.

Der Fall Novaliches

Nun scheint sich erstmals eine Wende anzudeuten. Hervorgerufen wurde diese durch die immer offensichtlicher werdende Tatsache, daß viele der als Begründung für das Kriegsrecht genannten Negativfaktoren sich nicht geändert haben und viele der versprochenen Reformen bis heute nicht verwirklicht wurden. Den letzten Ausschlag jedoch gaben *militärische Übergriffe auf kirchliche Einrichtungen* im August dieses Jahres. Zwar existiert seit einiger Zeit ein Abkommen zwischen den Bischöfen und der Regierung, daß in solchen Fällen, in denen die staatlichen Behörden Verdachtsmomente gegen kirchliche Persönlichkeiten oder Institutionen haben, eine Durchsuchung erst nach Einschaltung und Unterrichtung eines eigens dafür geschaffenen Gremiums erfolgen darf. Doch setzten sich die militärischen Stellen über diese Vereinbarung hinweg. Am 24. August umstellten und durchwühlten rund hundertfünfzig schwer bewaffnete Soldaten und Polizisten in einer Blitzaktion das nördlich von Manila gele-

gene Jesuitennoviziat von Novaliches, in dem sich zum Zeitpunkt der Durchsuchung neben Jesuiten Ordensfrauen aus verschiedenen asiatischen Ländern, eine Gruppe von Weltpriestern und ca. 20 College-Studenten von der Studentischen Katholischen Aktion der Philippinen aufhielten. Im nachhinein begründete das Militär die Aktion mit der Suche nach „José Maria Sison und anderen Mitgliedern der kommunistischen Partei“, die angeblich Unterschlupf in dem Gebäude gefunden hätten. Die Nachforschungen jedoch blieben ohne jedes Ergebnis. Statt dessen verhafteten die Soldaten sämtliche Teilnehmer des studentischen Seminars. Angeblich seien einige von ihnen, u. a. Pater José Blanco SJ, auf der Fahndungsliste wegen subversiver Tätigkeit. Ihm wird besonders seine Mitgliedschaft in der nationalen Organisation „Kasapi“ angelastet, die sich sozialen Aufgaben widmet, von der Regierung aber als kommunistisch und subversiv eingestuft wird. Das Jesuitengeneralat in Rom reagierte prompt auf die Verhaftung. In einer Protestnote erklärte es, Pater Blanco sei „Sekretär einer sehr offenen, aber keineswegs subversiven Gemeinschaft“ (nach: Le Monde, 31. 8. 74). Dieser Protest zusammen mit Eingaben lokaler kirchlicher Stellen und besonders dem Einsatz des neuen Erzbischofs von Manila, Jaime L. Sin, führte schließlich am 29. August zur „bedingten“ Freilassung von Pater Blanco und 13 der inhaftierten Studenten.

Damit schien die Angelegenheit zunächst abgeschlossen zu sein. Selbst die Vereinigung der Ordensoberen der Philippinen, die am 28. August eine detaillierte Dokumentation über den gesamten Vorgang vorlegte („Operation Novaliches“), war bereit, alles als einen „unglücklichen Vorfall“ zu charakterisieren. Die Eskalation und die unerwartete, daraus entstehende Solidarität auf seiten der ansonsten in der Frage des Kriegsrechts äußerst zer-

strittenen katholischen Kirche folgten erst aus der *diffamierenden und provozierenden Berichterstattung über die Aktion* in den offiziellen Organen „Bulletin Today“ und „Daily Express“ sowie im Fernsehen.

Diese hatten u. a. die Behauptung des Verteidigungsministers Juan Ponce Enrile verbreitet, die gesamte Operation sei mit „voller Unterstützung und Kooperation“ der katholischen Hierarchie durchgeführt worden. Die im letzten Teil der Durchsuchung zu beobachtende Anwesenheit des Weihbischofs Hernando Y. Antiporda von Manila, der nach Bekanntwerden des Übergriffs auf das Noviziat von Erzbischof Sin an Ort und Stelle beordert worden war, wurde in den gleichen Berichten als von den Militärs gewünschte und vom Erzbischof bestätigte offizielle Repräsentanz der Hierarchie gewertet. Völlig falsch waren auch die Darstellungen, alles sei in friedlicher und geordneter Weise sowie mit „freiwilliger Zusammenarbeit“ des für den Gebäudekomplex zuständigen Jesuiten erfolgt. Verschwiegen wurde in den offiziellen Darstellungen, daß der ursprünglich als Ziel der Durchsuchung genannte Personenkreis nicht im Noviziat gefunden wurde.

Protestnote des Erzbischofs von Manila

Diese verzerrende Berichterstattung veranlaßte den Erzbischof von Manila, am 27. August eine *Protestnote an den Verteidigungsminister* zu senden. Er verwahrte sich darin gegen die Darstellung, als habe die Hierarchie der Philippinen aktiv — selbst an der Planung der Operation — teilgenommen. Um den falschen Eindruck auszulöschen, die Bischöfe der Philippinen mißachteten das Prinzip der Trennung von Kirche und Staat und unternähmen entgegen allen bisherigen Beteuerungen hinter dem Rücken der Gläubigen illegale Aktionen wie die von Novaliches, müsse er auf einer Berichtigung und Klarstellung in den gleichen Medien bestehen: „Dies ist eine Angelegenheit von großer Bedeutung für mich und alle Priester, die wir pre-

digen, wir sollten ‚dem Kaiser geben, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist‘. Sollten die Gläubigen der Philippinen jemals den Eindruck gewinnen, daß wir nicht praktizieren, was wir predigen, dann wären wir endgültig nutzlos.“

Weder aufgrund dieses Schreibens noch einer ausführlichen Unterredung betroffener kirchlicher Persönlichkeiten, die von Präsident Marcos zur Diskussion über die Operation Novaliches eingeladen worden waren, erklärte sich die Regierung jedoch bereit, die offiziell verbreitete Version der Vorgänge zu widerrufen. Daraufhin sah sich der Erzbischof am 29. August veranlaßt, in einem Hirtenbrief die Katholiken zum 1. September zu einem *Tag des Gebets* aufzurufen „für unsere Brüder, die im Gefängnis leiden, und damit wir alle unter einem Regime der Wahrheit und der Gerechtigkeit, des Friedens und der Freiheit leben können“. Gleichzeitig übte er erstmals heftige Kritik an Präsident Marcos, da unter dem Kriegsrecht „Wahrheit, Gerechtigkeit und Liebe auf die Seite geschoben oder gänzlich vergessen“ worden seien. Nach Bekanntwerden dieses Hirtenbriefes traf sich der Präsident zweimal mit dem Erzbischof. Der Erzbischof sollte überredet werden, den Gebetstag wieder abzusagen. Wegen mangelnder Zusagen des Präsidenten in der Frage der Berichtigung der Falschmeldungen jedoch weigerte sich Erzbischof Sin, diesem Wunsche zu entsprechen. So kam es schließlich am 1. September zu dem bisher dramatischsten und deutlichsten Zeichen katholischen Protestes seit der Verhängung des Kriegsrechts am 21. September 1972. Allein in der Kathedrale von Manila versammelten sich 5000 Katholiken um den Erzbischof zum Gebet. Erst danach reagierte die Regierung mit der Korrektur ihrer eine Woche zuvor gegebenen Version der Vorgänge von Novaliches. Daß die Regierung erst so spät einlenkte, mag auf Spekulationen beruht haben, daß sich wie bisher die Katholiken wohl kaum auf eine gemeinsame Linie einigen könnten. Dabei hatte sie sich aber insofern verrechnet, als sie nicht in Be-

tracht zog, wie empfindlich die Mehrheit der philippinischen Katholiken auf ungerechtfertigte Angriffe gegen ihre Bischöfe und Priester reagiert. Eingetreten ist nun genau der Zustand, den Präsident Marcos Ende August in einem Gespräch mit Ordensleuten als nicht wünschenswert bezeichnet hatte. Demnach wollte er alles tun, um auf den Philippinen eine Situation zu vermeiden, wie sie sich in Südkorea entwickelt (vgl. HK, Oktober 1974, 509).

Offene Kritik am Kriegsrecht

Verschärft wurde die Auseinandersetzung noch durch einen Anfang September dem Präsidenten im Namen der Bischofskonferenz überreichten, von allen 81 Bischöfen unterzeichneten *Brief*, in dem Marcos aufgefordert wird, das Kriegsrecht aufzuheben, zivile Freiheiten zurückzugeben und das „Klima der Furcht“ im Lande zu beenden (vgl. NC News Service, 17. 9. 74). Dieses Schreiben war zwar schon im Juli auf dem Halbjahrestreffen der Bischöfe verabschiedet worden. (Die Tatsache, daß das Schreiben trotz des einmütigen Votums der Bischöfe erst Anfang September übergeben wurde, läßt auf vorangegangene Zweifel an der Opportunität eines solchen Schrittes schließen. Der Fall Novaliches und die anschließende Kampagne scheint Opportunitätsgesichtspunkte endgültig ausgeschaltet zu haben.)

In dem Schreiben fordern die Bischöfe u. a. die Rede- und Pressefreiheit zurück. Sie gestehen zwar zu, daß in der Wirtschaft des Landes Fortschritte und eine deutliche Senkung der Kriminalität zu verzeichnen seien. Gleichzeitig kritisierten sie jedoch, daß das Klima der Furcht die Arbeiter daran hindere, Forderungen nach Lohnerhöhungen oder besseren Arbeitsbedingungen zu stellen. Für die Masse der arbeitenden Bevölkerung fordern die Bischöfe eine bessere Verteilung des Profits des Wirtschaftswachstums. Dies sei um so mehr notwendig, als gerade die Arbeiter unter der jährlichen Inflationsrate von 44 % am meisten zu leiden hätten. Weitere Punkte des Schreibens betrafen Methoden der Bevölkerungspolitik

der Regierung, die für Mitarbeiter im Gesundheitsdienst Repressalien bei Ablehnung einzelner Aktionen aus Gewissensgründen vorsehen, sowie die dringende Notwendigkeit, in Zukunft ein Referendum oder Wahlen ohne Beinträchtigung und Druck durchführen zu können. Schließlich setzen sie sich noch für die Menschenrechte der rund 5000 in Militärlagern festgehaltenen Gefangenen ein.

Einige der in der Erklärung angeschnittenen Fragen galten bisher als Tabu. Das geschlossene Auftreten der Bischöfe aber dürfte es dem Präsidenten erschweren, hart zu reagieren. Im übrigen kann er heute kaum noch damit rechnen, daß kirchliche Stellen manche negative Begleiterscheinung des Kriegsrechts in Kauf nehmen, um das große Ziel einer umfangreichen *Agrarreform* nicht zu gefährden. Denn mittlerweile ist dieses zu Anfang mit Elan in Angriff genommene Projekt durch Manipulation seitens der Großgrundbesitzer und Änderungen der ursprünglichen Höchstzahlen für privaten Grundbesitz ohnehin fast völlig zum Stillstand gekommen. An diesem Punkt hatten sich in den vergangenen zwei Jahren die Ansichten der Katholiken gespalten. Erst durch die Attacken gegen die Bischöfe scheint eine neue Einheitsfront möglich.

Von der Öffentlichkeit fast gänzlich unbeachtet, wurde bereits Ende Juni in einer nächtlichen Aktion fast die gesamte Führungsspitze des protestantischen Nationalrates der Kirchen verhaftet, weil man ihr subversive und kommunistische Aktivitäten vorwarf (Far Eastern Economic Review, 8. 7. 74). Da die Äußerungen dieses Gremiums jedoch kaum kritischer waren als die einzelner katholischer Bischöfe, vermutete man, diese Aktion stelle in Wahrheit mehr eine Warnung an die katholischen Bischöfe in ihrer Gesamtheit dar, sich diesem Zug nicht anzuschließen. Die Warnung blieb unbeachtet. Fast gleichzeitig liegen damit jetzt die Kirchen Südkoreas, Südvietnams und der Philippinen auf Kollisionskurs mit den jeweiligen Regierungen, mit denen sie jahrelang in gutem Verhältnis standen.